

Friedrich-Ebert-Ufer 64-70
51143 Köln

Gleichlautend:

Herrn Oberbürgermeister
Jürgen Roters
Rathaus

50667 Köln

Herrn Bezirksbürgermeister
Willi Stadoll

Friedrich-Ebert-Ufer 64-70

51143 Köln

Köln-Porz, 24.09.2011

Änderungsantrag zur Sitzung der Bezirksvertretung Porz am 27.09.2011

hier: TOP 7.2.4 „Poller Damm in Köln-Poll“

Beschlussentwurf:

Die Bezirksvertretung Porz fordert die Verwaltung auf, das im Bebauungsplan eingezeichnete Signet Jugendzentrum zu streichen. Die isolierte Fläche am südlichen Ende der Straße Poller Damm eignet sich nicht als Standort für ein Jugendzentrum. Die bislang für den Gemeinbedarf vorgesehene Fläche ist im Bebauungsplan als Wohngebiet auszuweisen.

Stattdessen wird die Verwaltung beauftragt, die im Ortsteil dringend benötigten Jugendangebote im zentral gelegenen Gebäude der Ahl Poller Schull anzusiedeln. Der Mietvertrag mit dem gewerblichen Nutzer ist daher nicht mehr zu verlängern.

Begründung:

Der Standort des im Plangebiet vorgesehenen Jugendzentrums aufgrund der Randlage innerhalb des Stadtteils Poll deplaziert sowie aufgrund der finanziellen Lage der Stadt Köln kaum in absehbarer Zeit realisierbar. Ein Jugendzentrum an der vorgesehenen Stelle wird von den meisten Beteiligten als kritisch angesehen.

1. Lage: Die vorgesehen Lage am Rande des Stadtteils ist bedauerlich, da hiermit die Jugendlichen an den Rand von Poll verdrängt statt in seine Mitte integriert werden. Die fußläufige Erreichbarkeit aus ganz Poll besteht hier nicht; auch ist die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr unzureichend, da zwar eine Bushaltestelle geplant ist, diese aber nur in einer Fahrtrichtung angefahren wird. Damit ist die Erreichbarkeit in den Augen der Bezirksvertretung nicht gewährleistet.
2. Unrealistische Realisierung: Darüber hinaus ist es aus heutiger Sicht sehr unrealistisch, dass in absehbarer Zeit – in einem Zeitraum von mehreren Jahrzehnten – überhaupt die Aussicht besteht, dass ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um ein neues Jugendzentrum errichten zu können. Auch die Stadt selbst sieht, wie in Mitteilung 9.2.9 der heutigen Tagesordnung

dargelegt, derzeit keinen dringenden Bedarf für den Neubau eines Jugendzentrums in Köln-Poll und geht davon aus, dass der aktuelle Bedarf durch Jugendprojekte gedeckt werden könne. All dies senkt die Glaubwürdigkeit der Ankündigung eines Neubaus im Plangebiet auf einen Tiefstand. Die Zustimmung zu einem Jugendzentrum, ohne dass dieses eine realistische Perspektive auf Realisierung hat, wäre somit unverantwortlich und würde der Verantwortung der Bezirksvertreter als gewählten Mandatsträgern gegenüber den Bürgern nicht gerecht.

Es drängt sich der Eindruck eines Placebos auf, das letztlich darauf ausgelegt ist, bestimmte abstrakte Bedarfe zu erfüllen. Der Praxis und den Bedürfnissen vor Ort wird eine solche Notlösung aber nicht gerecht. Die Bezirksvertretung drängt mit diesem Änderungsantrag darauf, dass die Stadt ihre eigene Bedarfsplanung ernst nimmt und schlägt daher ein Jugendzentrum im Gebäude der Ahl Poller Schull vor, das über eine bessere Lage und eine realistische Perspektive der Finanzierung verfügt.

Diese Alternative an der Ahl Poller Schull bietet ferner weitere Vorzüge. Sie ist auch fußläufig aus allen Teilen Polls zu erreichen; ebenfalls bietet sie neben der Bus- auch eine durch Fußweg erreichbare Bahnanbindung. Das Gebäude bietet die Möglichkeit, durch die Nutzung eines separaten Eingangs eine räumlich getrennte Einrichtung des Bereichs für die Jugendlichen vorzusehen. Zudem ist es weit genug von Wohnbebauung entfernt, so dass sich Anwohner nicht gestört fühlen dürften. Schließlich besteht das Gebäude bereits und könnte daher sehr viel günstiger und damit für das Budget der Stadt Köln insgesamt wirtschaftlicher in eine Nutzung für Jugendliche überführt werden, als es ein kompletter Neubau an anderer Stelle leisten könnte.

Für die von der Stadt für Poll vorgesehenen Jugendprojekte eignen sich die Räumlichkeiten hervorragend. Die derzeitige gewerbliche Nutzung ist daher zu beenden; die Bezirksvertreter sind sich darüber bewusst, dass aufgrund laufender Mietverträge auch hier eine Änderung nicht kurzfristig herbeizuführen ist, nehmen dies aber als deutlich realistischere Variante in Kauf.

Christian Joisten
Fraktionsvorsitzender

Simon Bujanowski
Bezirksvertreter